

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 17/1878, 17/2066 –**

Entwurf eines Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2010/2011 (BBVAnpG 2010/2011)

A. Problem

Nach § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) und § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) sind die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen.

B. Lösung

Mit dem Gesetzentwurf werden die Dienst- und Versorgungsbezüge im Bund unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 27. Februar 2010 wie folgt an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse angepasst:

1. Lineare Anhebung der Dienst- und Versorgungsbezüge in drei Schritten in den Jahren 2010 und 2011 durch zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes vom 27. Februar 2010. Die Erhöhung zum 1. August 2011 vermindert sich gemäß § 14a Absatz 2 Satz 1 BBesG um 0,2 Prozentpunkte.

Dementsprechend erhöhen sich die Dienst- und Versorgungsbezüge im Ergebnis

- zum 1. Januar 2010 um 1,2 Prozent,
- zum 1. Januar 2011 um 0,6 Prozent und
- zum 1. August 2011 um 0,3 Prozent.

Die Anpassung der Versorgungsbezüge mit Wirkung vom 1. Januar 2010 und zum 1. Januar 2011 erfolgt unter Anwendung der schrittweisen Abflachung des Versorgungsniveaus, die mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 eingeführt worden ist. Folglich werden die zu diesen Zeitpunkten vorgesehenen zwei Versorgungsanpassungen um insgesamt 1,08 Prozentpunkte vermin-

dert. Die Hälfte der dadurch eingesparten Beträge wird der seit 1998 bestehenden Versorgungsrücklage des Bundes zugeführt. Gemäß § 14a Absatz 2 Satz 2 BBesG wird der Versorgungsrücklage außerdem der Unterschiedsbetrag gegenüber einer nicht nach § 14a Absatz 2 Satz 1 BBesG verminderten Anpassung zum 1. August 2011 zugeführt.

2. Für Empfängerinnen und Empfänger von Dienstbezügen wird ergänzend eine Einmalzahlung von 240 Euro im Januar 2011 gezahlt.
3. Die Anwärterbezüge erhöhen sich entsprechend dem Ergebnis der Tarifverhandlungen um die gleichen linearen Erhöhungssätze und zu den gleichen Zeitpunkten wie die Dienstbezüge. Zusätzlich wird für Empfängerinnen und Empfänger von Anwärterbezügen eine Einmalzahlung von 50 Euro im Januar 2011 gezahlt.
4. Im Übrigen schafft der Gesetzentwurf die gesetzlichen Voraussetzungen für einen wirkungsgleichen Nachvollzug der tariflichen Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten für ältere Beschäftigte (Altersteilzeit und FALTER-Arbeitszeitmodell). Die weitere Ausgestaltung wird durch Rechtsverordnungen erfolgen.

Zudem hat der Innenausschuss beschlossen, den Gesetzentwurf um folgende Maßnahmen zu ergänzen:

- Die Amtsbezüge der Mitglieder der Bundesregierung sowie der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und der Parlamentarischen Staatssekretäre werden von den vorgesehenen Bezügeerhöhungen 2010/2011 ausgenommen.
- Das Wiederaufleben der bis zum 31. Dezember 2010 reduzierten Sonderzahlung durch die bereits beschlossene Grundgehaltsintegration wird bis zum Ablauf des 31. Dezember 2014 ausgesetzt.

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Für den Bundeshaushalt (ohne Post und Bahn) ergeben sich aus der Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge folgende finanzielle Mehrbelastungen:

Haushaltsjahr 2010 190 Mio. Euro

Haushaltsjahr 2011 394 Mio. Euro

Haushaltsjahr 2012 ff. 365 Mio. Euro.

Der Versorgungsrücklage des Bundes werden dabei durch zwei weitere Abflachungsschritte nach § 69e BeamtVG für die ersten beiden Anpassungen bis zum Jahresende 2011 zusätzlich rund 49 Mio. Euro zugeführt.

Durch die beim dritten Anpassungsschritt nach § 14a BBesG vorzunehmende Reduzierung der Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte werden der Versorgungsrücklage weitere 15 Mio. Euro zugeführt.

Unabhängig davon sind auf Grund der Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze der Jahre 1999 und 2000 weitere Zuführungen zu leisten. Die

seinerzeit vorgenommenen Verminderungen von insgesamt 0,6 Prozentpunkten gelten fort.

Die im Haushaltsjahr 2010 anfallenden Mehrausgaben können nach derzeitiger Einschätzung – auch unter Einbeziehung der finanziellen Mehrbelastungen aus dem Tarifabschluss für das laufende Jahr – unter Berücksichtigung der gegebenen Deckungsmöglichkeiten aus den zur Verfügung stehenden Ansätzen erwirtschaftet werden. Die finanziellen Mehrbelastungen im Haushaltsjahr 2011 ff. werden durch Umschichtung im jeweiligen Einzelplan aufgefangen.

Durch den Nachvollzug der tariflichen Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten für ältere Beschäftigte (Altersteilzeit und FALTER-Arbeitszeitmodell) können grundsätzlich weitere Mehrausgaben entstehen. Diese werden durch entsprechende Regelungen zur Stellenbewirtschaftung (Verzicht auf Ausbringung von Ersatzplanstellen bei Altersteilzeit in Restrukturierungs- und Stellenabbaubereichen bzw. Vorgabe der Finanzneutralität bei der Ausbringung von Ersatzplanstellen bei Altersteilzeit in den übrigen Bereichen und beim FALTER-Arbeitszeitmodell) ausgeglichen.

Durch die vom Innenausschuss beschlossene Aussetzung der zum 1. Januar 2011 beabsichtigten – in das Gesetz integrierten – Wiederaufhebung eines Teils der Sonderzahlung wird bis einschließlich 2014 eine Minderausgabe in Höhe von 500 Mio. Euro jährlich erreicht.

2. Vollzugsaufwand

Durch die Anpassungen der Bezüge und das Modell zur Altersteilzeit entsteht kein neuer Vollzugsaufwand.

Ein geringer Mehraufwand kann beim Vollzug der Regelungen zur Umsetzung des FALTER-Arbeitszeitmodells entstehen. Dieser Mehraufwand kann mit den vorhandenen Ressourcen abgedeckt werden.

E. Sonstige Kosten

Der Wirtschaft, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Die vorgesehenen Einkommensanhebungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben. Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Durch das Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger neu eingeführt, geändert oder aufgehoben. Für die Verwaltung werden zwei Informationspflichten neu eingeführt und keine Informationspflichten geändert oder aufgehoben.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1878 mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. Artikel 2 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. § 14 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Ab 1. Juli 2010 gelten für den Auslandszuschlag unter Berücksichtigung einer Erhöhung

1. der Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen um 1,2 vom Hundert und
2. der Monatsbeträge der Zonenstufen um 0,96 vom Hundert die Monatsbeträge der Anlage VI.“

2. Nach Artikel 10 wird folgender Artikel 10a eingefügt:

„Artikel 10a

Änderung des Gesetzes über die Nichtanpassung von Amtsgehalt und Ortszuschlag der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre

Das Gesetz über die Nichtanpassung von Amtsgehalt und Ortszuschlag der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 26. März 1993 (BGBl. I S. 390), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 4 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Amtsbezüge der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre des Bundes sowie die laufenden Versorgungsbezüge aus einem dieser Amtsverhältnisse nehmen an den Anpassungen auf Grund des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2010/2011 vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle dieses Gesetzes] nicht teil.“

2. In § 1b Satz 2 werden die Wörter „ab dem 1. Juli 2009“ durch die Wörter „nach dem 1. August 2011“ ersetzt.“

3. Artikel 12 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 12

Änderung des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes

Das Dienstrechtsneuordnungsgesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 462) wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2a wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird die Angabe „2011“ gestrichen.
- b) In Nummer 2 wird die Angabe „31. Dezember 2010“ durch die Angabe „31. Dezember 2014“ ersetzt.
- c) In Nummer 5 Buchstabe a und b wird jeweils die Angabe „1. Januar 2011“ durch die Angabe „1. Januar 2015“ ersetzt.
- d) Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 6a eingefügt:

„6a. § 79 wird wie folgt gefasst:

„§ 79

Umwandlung der Sonderzahlung

Ab 1. Januar 2015 erhöhen sich um 2,44 vom Hundert der bis dahin geltenden Beträge

1. das Grundgehalt nach diesem Gesetz und das Grundgehalt nach dem Besoldungsüberleitungsgesetz,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme des Anrechnungsbetrages nach § 39 Absatz 2 Satz 1,
3. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag,
4. der Anwärtergrundbetrag und
5. die in Anlage IX in Beträgen ausgewiesenen Amts- und Stellenzulagen.“

e) In Nummer 7 wird die Angabe „1. Januar 2011“ durch die Angabe „1. Januar 2015“ ersetzt.

f) Nummer 10 und die dazugehörigen Anlagen 1 bis 5 werden aufgehoben.

2. Artikel 3a wird aufgehoben.

3. Artikel 4a wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird die Angabe „2011“ gestrichen.

b) In Nummer 3 wird die Angabe „0,9905“ durch die Angabe „0,9901“ ersetzt.

c) In Nummer 5 wird die Angabe „1. Januar 2011“ durch die Angabe „1. Januar 2015“ ersetzt.

4. Artikel 5a wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird die Angabe „2011“ gestrichen.

b) In Nummer 4 wird die Angabe „0,9905“ durch die Angabe „0,9901“ ersetzt.

c) In Nummer 6 wird die Angabe „1. Januar 2011“ durch die Angabe „1. Januar 2015“ ersetzt.

5. In Artikel 15 Absatz 50 Nummer 6 Buchstabe b wird die Angabe „31. Dezember 2010“ durch die Angabe „31. Dezember 2014“ ersetzt.

6. Die Überschrift des Artikels 15a wird wie folgt gefasst:

„Artikel 15a
Weitere Folgeänderungen“.

7. Artikel 17 Absatz 10 wird durch die folgenden Absätze 10 und 10a ersetzt:

„(10) Die Artikel 2a, 4a, 5a und 15a treten vorbehaltlich des Absatzes 10a am 1. Januar 2011 in Kraft.

(10a) Artikel 2a Nummer 1 bis 4, 6, 8 und 9, Artikel 4a Nummer 3 und 5 sowie Artikel 5a Nummer 4 und 6 treten am 1. Januar 2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Bundessonderzahlungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2005 (BGBl. I S. 464), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 50 dieses Gesetzes geändert worden ist, außer Kraft.“

4. Artikel 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „2 bis 7“ durch die Angabe „2 bis 8“ ersetzt.

b) Die Absätze 5 bis 7 werden durch folgende Absätze 5 bis 8 ersetzt:

„(5) Artikel 2 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2010 in Kraft.

(6) Artikel 12 tritt am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

(7) Die Artikel 3, 6, 9, 11, 14 und 16 treten am 1. Januar 2011 in Kraft.

(8) Die Artikel 4, 7, 10 und 15 treten am 1. August 2011 in Kraft.“

5. Die Anhänge 15 bis 24 und 27 bis 30 werden wie folgt gefasst:

„Anhang 15 zu Artikel 3 Nummer 4

Anlage IV

Gültig ab 1. Januar 2011

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 2	1 698,15	1 737,84	1 778,57	1 809,11	1 840,68	1 872,24	1 903,79	1 935,35
A 3	1 766,35	1 808,09	1 849,83	1 883,43	1 917,03	1 950,62	1 984,22	2 017,81
A 4	1 805,05	1 854,92	1 904,81	1 944,52	1 984,22	2 023,93	2 063,63	2 100,29
A 5	1 819,29	1 881,40	1 931,28	1 980,15	2 029,02	2 078,90	2 127,77	2 175,62
A 6	1 860,01	1 932,30	2 005,60	2 061,60	2 119,62	2 175,62	2 237,73	2 291,68
A 7	1 956,73	2 020,87	2 105,38	2 191,91	2 276,41	2 361,93	2 426,07	2 490,20
A 8	2 074,83	2 152,21	2 261,14	2 371,09	2 481,04	2 557,39	2 634,77	2 711,13
A 9	2 245,86	2 322,22	2 442,36	2 564,53	2 684,65	2 766,10	2 848,57	2 928,99
A 10	2 409,77	2 514,64	2 666,33	2 817,00	2 967,68	3 072,55	3 177,40	3 282,27
A 11	2 766,10	2 921,87	3 076,61	3 232,38	3 339,28	3 446,17	3 553,07	3 659,97
A 12	2 965,65	3 149,92	3 335,20	3 519,47	3 647,76	3 773,99	3 901,25	4 030,55
A 13	3 477,73	3 650,80	3 822,86	3 995,93	4 115,04	4 235,18	4 354,29	4 471,37
A 14	3 576,49	3 799,44	4 023,42	4 246,38	4 400,10	4 554,86	4 708,58	4 863,33
A 15	4 371,60	4 573,18	4 726,91	4 880,64	5 034,37	5 187,08	5 339,79	5 491,48
A 16	4 822,60	5 056,76	5 233,91	5 411,05	5 587,18	5 765,35	5 942,48	6 117,60

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 18,11 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 7,90 Euro.

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 491,48
B 2	6 379,24
B 3	6 754,91
B 4	7 147,88
B 5	7 598,89
B 6	8 027,50
B 7	8 440,83
B 8	8 873,51
B 9	9 410,04
B 10	11 076,62
B 11	11 507,27

3. Bundesbesoldungsordnung W

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W 1	3 821,84
W 2	4 358,36
W 3	5 280,74

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
R 1	3 477,73	3 812,68	4 148,64	4 445,92	4 742,18	5 039,46	5 334,70	5 634,01
R 2	4 226,01	4 442,87	4 658,70	4 953,94	5 251,22	5 547,48	5 844,75	6 142,03
R 3	6 754,91							
R 4	7 147,88							
R 5	7 598,89							
R 6	8 027,50							
R 7	8 440,83							
R 8	8 873,51							
R 9	9 410,04							
R 10	11 553,09							

Anhang 16 zu Artikel 3 Nummer 4

Anlage V

Gültig ab 1. Januar 2011

Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 40 Absatz 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	110,90	210,49
übrige Besoldungsgruppen	116,46	216,05

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 99,59 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 310,32 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,24 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 26,20 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,96 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,72 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Absatz 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 100,55 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 106,75 Euro

Anlage VI

Gültig ab 1. Januar 2011

Auslandszuschlag (§ 53)

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

VI.2

Grund- gehalts- spanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	Zonen- stufe	Monats- beträge in Euro
	von - bis	1.825,94	2.067,32	2.341,59	2.653,19	3.007,28	3.409,57	3.866,67	4.386,03	4.976,14	5.646,65	6.408,48	7.274,08	8.257,61	9.375,11		
Zonen- stufe																	
1	667,51	723,30	783,15	850,10	922,14	1002,27	1089,51	1185,89	1292,40	1411,09	1540,94	1595,72	1653,55	1715,42	1781,37	1	128,84
2	742,58	802,42	867,35	938,36	1016,48	1102,71	1196,03	1299,51	1413,12	1538,91	1676,88	1739,77	1806,73	1877,74	1953,82	2	142,02
3	816,63	881,55	951,55	1027,63	1111,83	1203,14	1303,57	1413,12	1533,85	1666,73	1811,81	1883,83	1959,91	2041,07	2126,28	3	155,21
4	890,68	960,68	1035,75	1116,91	1206,17	1303,57	1410,08	1526,74	1654,56	1794,55	1947,73	2027,88	2113,09	2203,38	2298,73	4	168,39
5	965,75	1039,81	1119,95	1206,17	1300,52	1404,00	1516,59	1639,34	1774,27	1922,37	2083,67	2171,93	2266,28	2365,69	2472,21	5	182,60
6	1039,81	1118,94	1203,14	1295,45	1395,88	1504,43	1623,11	1752,96	1894,98	2050,19	2219,60	2315,98	2419,46	2528,00	2644,66	6	195,79
7	1114,88	1198,06	1287,33	1384,71	1490,22	1604,86	1730,65	1866,58	2015,71	2178,01	2355,54	2461,05	2572,64	2691,33	2817,12	7	208,98
8	1188,93	1277,19	1371,53	1473,99	1584,57	1705,29	1837,17	1980,20	2135,41	2305,84	2491,48	2605,09	2725,82	2853,63	2989,57	8	222,16
9	1264,00	1356,32	1455,73	1563,26	1679,93	1806,73	1943,68	2093,81	2256,13	2433,66	2627,41	2749,15	2878,99	3015,95	3162,03	9	235,35
10	1338,05	1435,44	1539,93	1652,53	1774,27	1907,16	2050,19	2206,42	2376,84	2561,48	2762,34	2893,20	3031,16	3178,26	3334,49	10	248,54
11	1412,11	1514,57	1623,11	1741,80	1869,62	2007,59	2157,73	2320,04	2496,56	2689,30	2898,28	3037,25	3184,34	3341,58	3507,96	11	261,73
12	1487,17	1593,69	1707,32	1831,08	1963,97	2108,02	2264,25	2433,66	2617,27	2817,12	3034,20	3181,31	3337,52	3503,90	3680,41	12	274,91
13	1561,23	1672,82	1791,51	1919,33	2058,31	2208,45	2370,77	2547,28	2737,99	2944,94	3170,14	3325,36	3490,71	3666,20	3852,87	13	288,11
14	1636,30	1751,95	1875,71	2008,61	2153,67	2308,88	2477,27	2659,88	2857,69	3072,76	3306,08	3469,40	3643,89	3828,52	4025,32	14	301,29
15	1710,36	1831,08	1958,90	2097,87	2248,01	2409,31	2584,81	2773,50	2978,42	3200,58	3442,01	3614,47	3797,07	3991,85	4197,77	15	314,48
16	1784,41	1910,21	2043,09	2187,15	2342,36	2510,75	2691,33	2887,11	3099,13	3328,40	3576,94	3758,52	3950,25	4154,15	4370,24	16	327,67
17	1859,48	1989,33	2127,29	2276,41	2437,72	2611,18	2797,85	3000,73	3219,85	3456,22	3712,88	3902,57	4103,43	4316,47	4543,71	17	340,86
18	1933,54	2067,44	2211,49	2365,69	2532,06	2711,61	2905,37	3114,35	3339,55	3584,04	3848,81	4046,62	4256,61	4479,79	4716,16	18	354,04
19	2008,61	2146,56	2295,69	2454,96	2626,40	2812,04	3011,89	3226,96	3460,28	3711,86	3984,75	4190,68	4409,80	4642,11	4888,61	19	368,24
20	2082,66	2225,69	2378,87	2544,23	2721,76	2912,47	3118,41	3340,57	3581,00	3839,68	4120,68	4334,73	4562,98	4804,42	5061,07	20	381,43

Anhang 18 zu Artikel 3 Nummer 4

Anlage VIII

Gültig ab 1. Januar 2011

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	808,35
A 5 bis A 8	928,48
A 9 bis A 11	981,42
A 12	1 120,90
A 13 oder R 1	1 187,07

Anhang 19 zu Artikel 3 Nummer 4

Anlage IX

Gültig ab 1. Januar 2011

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 6 a	104,82
§ 44	bis zu 104,82	Nummer 7	
		Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
		Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
		Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 2 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Absatz 2	131,02	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	52,41	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	78,61	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
		B 11	B 11
Mannschaften,		Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	36,68	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte		A 2 bis A 5	117,92
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	52,41	A 6 bis A 9	157,22
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 10 und höher	196,52
und höheren Dienstes	78,61	Nummer 8a	
Nummer 5a		Die Zulage beträgt	
Absatz 1		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	94,33	A 2 bis A 5	71,81
Buchstabe b	157,22	A 6 bis A 9	97,92
Buchstabe c	225,36	A 10 bis A 13	120,77
Absatz 2		A 14 und höher	143,61
Nummer 1 Buchstabe a	141,50	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Buchstabe b	104,82	des mittleren Dienstes	52,23
Nummer 2 Buchstabe a	104,82	des gehobenen Dienstes	68,54
Buchstabe b	41,92	des höheren Dienstes	84,87
Nummer 3	68,13	Nummer 8b	
Nummer 4 und 5	62,89	Die Zulage beträgt	
Nummer 6 Buchstabe a	104,82	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	104,82	A 2 bis A 5	94,33
Nummer 7 Buchstabe a	104,82	A 6 bis A 9	125,78
Buchstabe b	41,92	A 10 bis A 13	157,22
Nummer 8 Buchstabe a	131,02	A 14 und höher	188,67
Buchstabe b	68,13	Nummer 9	
Nummer 9	62,89	Die Zulage beträgt	
Nummer 6		nach einer Dienstzeit	
Absatz 1 Satz 1		von einem Jahr	65,28
Buchstabe a	471,66	von zwei Jahren	130,56
Buchstabe b	377,33		
Buchstabe c	301,86		
Absatz 1 Satz 2	600,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1§ 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 16. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Nummer 9a		Nummer 30	23,59
Absatz 1		Besoldungsgruppen	Fußnote
Buchstabe a	104,82	A 2	1 33,83
Buchstabe b	209,63		2 18,17
Buchstabe c	157,22		3 62,41
Absatz 2		A 3	1, 5 62,41
Buchstabe a	41,92		2 33,83
Buchstabe b	52,41		7 31,52
Nummer 10 Absatz 1		A 4	1, 4 62,41
Die Zulage beträgt			2 33,83
nach einer Dienstzeit			5 6,79
von einem Jahr	65,28	A 5	3 33,83
von zwei Jahren	130,56		4, 6 62,41
Nummer 11	600,00	A 6	6 33,83
Nummer 12	97,92	A 7	2 42,02
Nummer 13a	bis zu 78,61		5 50 v. H. des
Nummer 13c			jew eiligen Unter-
Die Zulage beträgt		A 8	2 54,14
für Beamte der Besoldungsgruppen		A 9	2, 3, 6 251,89
A 2 bis A 7	46,02		7 8 v. H. des
A 8 bis A 11	61,36		Endgrund-
A 12 bis A 15	71,58		gehalts der
A 16 und höher	92,03		Besoldungs-
Nummer 13d			gruppe A 8
Die Zulage beträgt		A 12	7, 8 146,31
für Beamte der Besoldungsgruppen		A 13	6 117,01
A 2 und A 3	12,78		7 175,51
A 4 bis A 6	17,90		11, 12, 13 256,00
A 7 bis A 10	35,79	A 14	5 175,51
A 11	40,90	A 15	7 175,51
A 12 bis A 15	48,57	B 10	1 405,58
A 16 bis B 4	58,80		
B 5 bis B 7	71,58		
Nummer 19 Satz 1	233,99		
Nummer 21	196,28		
Nummer 25	39,31		
Nummer 26 Absatz 1			
Die Zulage beträgt für Beamte			
des mittleren Dienstes	17,48		
des gehobenen Dienstes	39,31		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)
a) bei Verwendung	
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung	
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	39,31
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 194,05
R 2	3 bis 8, 10 194,05
R 3	3 194,05
R 8	2 388,02

*) Nach Maßgabe des Artikels 1§ 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 309).

Anhang 20 zu Artikel 4 Nummer 2

Anlage IV

Gültig ab 1. August 2011

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 2	1 703,24	1 743,05	1 783,91	1 814,54	1 846,20	1 877,86	1 909,50	1 941,16
A 3	1 771,65	1 813,51	1 855,38	1 889,08	1 922,78	1 956,47	1 990,17	2 023,86
A 4	1 810,47	1 860,48	1 910,52	1 950,35	1 990,17	2 030,00	2 069,82	2 106,59
A 5	1 824,75	1 887,04	1 937,07	1 986,09	2 035,11	2 085,14	2 134,15	2 182,15
A 6	1 865,59	1 938,10	2 011,62	2 067,78	2 125,98	2 182,15	2 244,44	2 298,56
A 7	1 962,60	2 026,93	2 111,70	2 198,49	2 283,24	2 369,02	2 433,35	2 497,67
A 8	2 081,05	2 158,67	2 267,92	2 378,20	2 488,48	2 565,06	2 642,67	2 719,26
A 9	2 252,60	2 329,19	2 449,69	2 572,22	2 692,70	2 774,40	2 857,12	2 937,78
A 10	2 417,00	2 522,18	2 674,33	2 825,45	2 976,58	3 081,77	3 186,93	3 292,12
A 11	2 774,40	2 930,64	3 085,84	3 242,08	3 349,30	3 456,51	3 563,73	3 670,95
A 12	2 974,55	3 159,37	3 345,21	3 530,03	3 658,70	3 785,31	3 912,95	4 042,64
A 13	3 488,16	3 661,75	3 834,33	4 007,92	4 127,39	4 247,89	4 367,35	4 484,78
A 14	3 587,22	3 810,84	4 035,49	4 259,12	4 413,30	4 568,52	4 722,71	4 877,92
A 15	4 384,71	4 586,90	4 741,09	4 895,28	5 049,47	5 202,64	5 355,81	5 507,95
A 16	4 837,07	5 071,93	5 249,61	5 427,28	5 603,94	5 782,65	5 960,31	6 135,95

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 18,16 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 7,92 Euro.

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 507,95
B 2	6 398,38
B 3	6 775,17
B 4	7 169,32
B 5	7 621,69
B 6	8 051,58
B 7	8 466,15
B 8	8 900,13
B 9	9 438,27
B 10	11 109,85
B 11	11 541,79

3. Bundesbesoldungsordnung W

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W 1	3 833,31
W 2	4 371,44
W 3	5 296,58

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
R 1	3 488,16	3 824,12	4 161,09	4 459,26	4 756,41	5 054,58	5 350,70	5 650,91
R 2	4 238,69	4 456,20	4 672,68	4 968,80	5 266,97	5 564,12	5 862,28	6 160,46
R 3	6 775,17							
R 4	7 169,32							
R 5	7 621,69							
R 6	8 051,58							
R 7	8 466,15							
R 8	8 900,13							
R 9	9 438,27							
R 10	11 587,75							

Anhang 21 zu Artikel 4 Nummer 2

Anlage V

Gültig ab 1. August 2011

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 40 Absatz 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	111,24	211,13
übrige Besoldungsgruppen	116,82	216,71

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 99,89 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 311,25 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,24 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 26,20 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,96 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,72 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Absatz 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 100,85 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 107,07 Euro

Anlage VI

Gültig ab 1. August 2011

Auslandszuschlag (§ 53)

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

VI.2

Grund- gehalts- spanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
von - bis	1.831,42	2.073,52	2.348,61	2.661,15	3.016,30	3.419,80	3.878,27	4.399,19	4.991,07	5.663,59	6.427,71	7.295,90	8.282,38	9.403,24	
Zonen- stufe															
1	669,11	725,04	785,03	852,14	924,35	1004,68	1092,12	1188,74	1295,50	1414,48	1544,64	1599,55	1657,52	1719,54	1785,65
2	744,36	804,35	869,43	940,61	1018,92	1105,36	1198,90	1302,63	1416,51	1542,60	1680,90	1743,95	1811,07	1882,25	1958,51
3	818,59	883,67	953,83	1030,10	1114,50	1206,03	1306,70	1416,51	1537,53	1670,73	1816,16	1888,35	1964,61	2045,97	2131,38
4	892,82	962,99	1038,24	1119,59	1209,06	1306,70	1413,46	1530,40	1658,53	1798,86	1952,40	2032,75	2118,16	2208,67	2304,25
5	968,07	1042,31	1122,64	1209,06	1303,64	1407,37	1520,23	1643,27	1778,53	1926,98	2088,67	2177,14	2271,72	2371,37	2478,14
6	1042,31	1121,63	1206,03	1298,56	1399,23	1508,04	1627,01	1757,17	1899,53	2055,11	2224,93	2321,54	2425,27	2534,07	2651,01
7	1117,56	1200,94	1290,42	1388,03	1493,80	1608,71	1734,80	1871,06	2020,55	2183,24	2361,19	2466,96	2578,81	2697,79	2823,88
8	1191,78	1280,26	1374,82	1477,53	1588,37	1709,38	1841,58	1984,95	2140,53	2311,37	2497,46	2611,34	2732,36	2860,48	2996,74
9	1267,03	1359,58	1459,22	1567,01	1683,96	1811,07	1948,34	2098,84	2261,54	2439,50	2633,72	2755,75	2885,90	3023,19	3169,62
10	1341,26	1438,89	1543,63	1656,50	1778,53	1911,74	2055,11	2211,72	2382,54	2567,63	2768,97	2900,14	3038,43	3185,89	3342,49
11	1415,50	1518,20	1627,01	1745,98	1874,11	2012,41	2162,91	2325,61	2502,55	2695,75	2905,24	3044,54	3191,98	3349,60	3516,38
12	1490,74	1597,51	1711,42	1835,47	1968,68	2113,08	2269,68	2439,50	2623,55	2823,88	3041,48	3188,95	3345,53	3512,31	3689,24
13	1564,98	1676,83	1795,81	1923,94	2063,25	2213,75	2376,46	2553,39	2744,56	2952,01	3177,75	3333,34	3499,09	3675,00	3862,12
14	1640,23	1756,15	1880,21	2013,43	2158,84	2314,42	2483,22	2666,26	2864,55	3080,13	3314,01	3477,73	3652,64	3837,71	4034,98
15	1714,46	1835,47	1963,60	2102,90	2253,41	2415,09	2591,01	2780,16	2985,57	3208,26	3450,27	3623,14	3806,18	4001,43	4207,84
16	1788,69	1914,79	2047,99	2192,40	2347,98	2516,78	2697,79	2894,04	3106,57	3336,39	3585,52	3767,54	3959,73	4164,12	4380,73
17	1863,94	1994,10	2132,40	2281,87	2443,57	2617,45	2804,56	3007,93	3227,58	3464,51	3721,79	3911,94	4113,28	4326,83	4554,61
18	1938,18	2072,40	2216,80	2371,37	2538,14	2718,12	2912,34	3121,82	3347,56	3592,64	3858,05	4056,33	4266,83	4490,54	4727,48
19	2013,43	2151,71	2301,20	2460,85	2632,70	2818,79	3019,12	3234,70	3468,58	3720,77	3994,31	4200,74	4420,38	4653,25	4900,34
20	2087,66	2231,03	2384,58	2550,34	2728,29	2919,46	3125,89	3348,59	3589,59	3848,90	4130,57	4345,13	4573,93	4815,95	5073,22

Zonen- stufe	Monats- beträge in Euro
1	129,15
2	142,36
3	155,58
4	168,79
5	183,04
6	196,26
7	209,48
8	222,69
9	235,91
10	249,14
11	262,36
12	275,57
13	288,80
14	302,01
15	315,23
16	328,46
17	341,68
18	354,89
19	369,12
20	382,35

Anhang 23 zu Artikel 4 Nummer 2

Anlage VIII

Gültig ab 1. August 2011

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	810,78
A 5 bis A 8	931,27
A 9 bis A 11	984,36
A 12	1 124,26
A 13 oder R 1	1 190,63

Anhang 24 zu Artikel 4 Nummer 2

Anlage IX

Gültig ab 1. August 2011

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 6 a	104,82
§ 44	bis zu 104,82	Nummer 7	
		Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
		Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
		Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 2 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Absatz 2	131,02	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	52,41	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	78,61	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
		B 11	B 11
Mannschaften,		Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	36,68	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte		A 2 bis A 5	117,92
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	52,41	A 6 bis A 9	157,22
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 10 und höher	196,52
und höheren Dienstes	78,61	Nummer 8a	
Nummer 5a		Die Zulage beträgt	
Absatz 1		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	94,33	A 2 bis A 5	71,81
Buchstabe b	157,22	A 6 bis A 9	97,92
Buchstabe c	225,36	A 10 bis A 13	120,77
Absatz 2		A 14 und höher	143,61
Nummer 1 Buchstabe a	141,50	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Buchstabe b	104,82	des mittleren Dienstes	52,23
Nummer 2 Buchstabe a	104,82	des gehobenen Dienstes	68,54
Buchstabe b	41,92	des höheren Dienstes	84,87
Nummer 3	68,13	Nummer 8b	
Nummer 4 und 5	62,89	Die Zulage beträgt	
Nummer 6 Buchstabe a	104,82	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	104,82	A 2 bis A 5	94,33
Nummer 7 Buchstabe a	104,82	A 6 bis A 9	125,78
Buchstabe b	41,92	A 10 bis A 13	157,22
Nummer 8 Buchstabe a	131,02	A 14 und höher	188,67
Buchstabe b	68,13	Nummer 9	
Nummer 9	62,89	Die Zulage beträgt	
Nummer 6		nach einer Dienstzeit	
Absatz 1 Satz 1		von einem Jahr	65,28
Buchstabe a	471,66	von zwei Jahren	130,56
Buchstabe b	377,33		
Buchstabe c	301,86		
Absatz 1 Satz 2	600,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 15 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Nummer 9a		Nummer 30	23,59
Absatz 1		Besoldungsgruppen	Fußnote
Buchstabe a	104,82	A 2	1 33,93
Buchstabe b	209,63		2 18,17
Buchstabe c	157,22		3 62,60
Absatz 2		A 3	1, 5 62,60
Buchstabe a	41,92		2 33,93
Buchstabe b	52,41		7 31,61
Nummer 10 Absatz 1		A 4	1, 4 62,60
Die Zulage beträgt			2 33,93
nach einer Dienstzeit			5 6,81
von einem Jahr	65,28	A 5	3 33,93
von zwei Jahren	130,56		4, 6 62,60
Nummer 11	600,00	A 6	6 33,93
Nummer 12	97,92	A 7	2 42,15
Nummer 13a	bis zu 78,61	5	50 v. H. des
Nummer 13c			jew eiligen Unter-
Die Zulage beträgt			schiedsbetrages
für Beamte der Besoldungsgruppen			zum Grundgehalt
A 2 bis A 7	46,02	A 8	der Besoldungs-
A 8 bis A 11	61,36		gruppe A 8
A 12 bis A 15	71,58	A 9	2 54,30
A 16 und höher	92,03		2, 3, 6 252,65
Nummer 13d			7 8 v. H. des
Die Zulage beträgt			Endgrund-
für Beamte der Besoldungsgruppen			gehalts der
A 2 und A 3	12,78	A 12	Besoldungs-
A 4 bis A 6	17,90		gruppe A 9
A 7 bis A 10	35,79	A 13	7, 8 146,75
A 11	40,90		6 117,36
A 12 bis A 15	48,57		7 176,04
A 16 bis B 4	58,80		11, 12, 13 256,77
B 5 bis B 7	71,58	A 14	5 176,04
Nummer 19 Satz 1	234,69	A 15	7 176,04
Nummer 21	196,87	B 10	1 406,80
Nummer 25	39,31		
Nummer 26 Absatz 1			
Die Zulage beträgt für Beamte			
des mittleren Dienstes	17,48		
des gehobenen Dienstes	39,31		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)
a) bei Verwendung	
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung	
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	39,31
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 194,63
R 2	3 bis 8, 10 194,63
R 3	3 194,63
R 8	2 389,18

*) Nach Maßgabe des Artikels 1§ 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 309).

Anhang 27 zu Artikel 6

Gültig ab 1. Januar 2011

Anlage 1

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8		
A 2	1 698,15		1 737,84		1 778,57		1 809,11		1 816,24		1 855,95		1 894,63		1 903,79		1 935,35
A 3	1 766,35		1 808,09		1 849,83		1 883,43		1 891,58		1 933,32		1 976,08		1 984,22		2 017,81
A 4	1 805,05		1 854,92		1 904,81		1 944,52		1 952,67		2 002,54		2 051,42		2 063,63		2 100,29
A 5	1 819,29		1 881,40		1 931,28		1 980,15		1 996,44		2 056,51		2 115,56		2 127,77		2 175,62
A 6	1 860,01	1 913,98	1 932,30	1 967,94	2 005,60	2 021,89	2 061,60	2 075,85	2 119,62	2 129,80	2 175,62	2 183,76	2 237,73	2 241,34	2 291,68	2 291,68	2 490,20
A 7	1 956,73	2 006,62	2 020,87	2 073,81	2 105,38	2 141,01	2 191,91	2 208,20	2 276,41	2 344,62	2 361,93	2 393,49	2 426,07	2 441,34	2 511,13	2 511,13	2 711,13
A 8	2 074,83	2 131,84	2 152,21	2 219,40	2 261,14	2 305,93	2 371,09	2 393,49	2 481,04	2 538,06	2 557,39	2 596,08	2 634,77	2 654,11	2 748,57	2 748,57	2 928,99
A 9	2 245,86	2 303,90	2 322,22	2 396,54	2 442,36	2 489,19	2 564,53	2 581,83	2 684,65	2 738,61	2 766,10	2 801,73	2 848,57	2 865,87	2 985,87	2 985,87	3 282,27
A 10	2 409,77	2 490,20	2 514,64	2 609,32	2 666,33	2 727,42	2 817,00	2 846,53	2 967,68	3 044,04	3 072,55	3 124,46	3 177,40	3 203,87	3 402,87	3 402,87	3 782,27
A 11	2 766,10	2 888,27	2 921,87	3 009,42	3 076,61	3 132,60	3 232,38	3 253,76	3 392,28	3 415,63	3 446,17	3 498,09	3 553,07	3 579,54	3 795,54	3 795,54	4 200,55
A 12	2 965,65	3 110,21	3 149,92	3 255,80	3 335,20	3 401,38	3 519,47	3 546,96	3 647,76	3 739,38	3 773,99	3 837,12	3 901,25	3 933,83	4 030,55	4 030,55	4 471,37
A 13	3 477,73	3 634,52	3 650,80	3 791,30	3 822,86	3 948,09	3 995,93	4 051,93	4 115,04	4 156,79	4 235,18	4 281,65	4 354,29	4 366,51	4 595,51	4 595,51	5 091,48
A 14	3 576,49	3 779,08	3 799,44	3 981,68	4 023,42	4 185,29	4 246,38	4 321,72	4 400,10	4 456,10	4 554,86	4 592,52	4 708,58	4 727,93	4 948,58	4 948,58	5 491,48
A 15	4 371,60	4 373,64	4 573,18	4 597,61	4 726,91	4 775,77	4 880,64	4 953,94	5 034,37	5 133,12	5 187,08	5 313,32	5 339,79	5 343,86	5 642,48	5 642,48	6 117,60
A 16	4 822,60	4 824,65	5 056,76	5 083,24	5 233,91	5 289,90	5 411,05	5 496,57	5 587,18	5 704,26	5 765,35	5 910,92	5 942,48	5 947,57	6 317,60	6 317,60	6 817,60

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 18,11 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 7,90 Euro.

Gültig ab 1. Januar 2011

Anhang 28 zu Artikel 6

Anlage 2

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8	
R 1	3 477,73	3 716,98	3 812,68	3 929,76	4 148,64	4 355,32	4 445,92	4 569,11	4 742,18	4 781,88	5 039,46	5 207,44	5 334,70	5 421,23	5 634,01	
R 2	4 226,01	4 371,60	4 442,87	4 658,70	4 865,37	4 953,94	5 079,16	5 251,22	5 497,18	5 529,19	5 844,75	6 117,60	6 317,60	6 517,60	6 817,60	

Anhang 29 zu Artikel 7

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 1

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8	
A 2	1 703,24		1 743,05		1 783,91		1 814,54		1 821,69		1 861,52		1 900,31		1 941,16	
A 3	1 771,65		1 813,51		1 855,38		1 899,08		1 897,25		1 939,12		1 982,01		2 023,86	
A 4	1 810,47		1 860,48		1 910,52		1 950,35		1 958,53		2 008,55		2 057,57		2 106,59	
A 5	1 824,75		1 887,04		1 937,07		1 986,09		2 002,43		2 062,68		2 121,91		2 182,15	
A 6	1 865,59	1 919,72	1 938,10	1 973,84	2 011,62	2 027,96	2 067,78	2 082,08	2 125,98	2 136,19	2 182,15	2 190,31	2 244,44	2 298,56	2 497,67	
A 7	1 962,60	2 012,64	2 026,93	2 080,03	2 111,70	2 147,43	2 198,49	2 214,82	2 283,24	2 351,65	2 369,02	2 400,67	2 433,35	2 448,66	2 719,26	
A 8	2 081,05	2 136,24	2 158,67	2 226,06	2 267,92	2 312,85	2 378,20	2 400,67	2 489,48	2 545,67	2 565,06	2 603,87	2 642,67	2 662,07	2 937,78	
A 9	2 252,60	2 310,81	2 329,19	2 403,73	2 449,69	2 496,66	2 572,22	2 589,58	2 692,70	2 746,83	2 774,40	2 810,14	2 857,12	2 874,47	3 292,12	
A 10	2 417,00	2 497,67	2 522,18	2 617,15	2 674,33	2 735,60	2 825,45	2 855,07	2 976,58	3 053,17	3 081,77	3 133,83	3 186,93	3 213,48	3 670,95	
A 11	2 774,40	2 896,93	2 930,64	3 018,45	3 085,84	3 142,00	3 242,08	3 263,52	3 349,30	3 425,88	3 456,51	3 508,58	3 563,73	3 590,28	4 042,64	
A 12	2 974,55	3 119,54	3 159,37	3 265,57	3 345,21	3 411,58	3 530,03	3 557,60	3 658,70	3 750,60	3 785,31	3 848,63	3 912,95	3 945,63	4 484,78	
A 13	3 488,16	3 645,42	3 661,75	3 802,67	3 834,33	3 959,93	4 007,92	4 064,09	4 127,39	4 169,26	4 247,89	4 274,43	4 367,35	4 379,61	4 877,92	
A 14	3 587,22	3 790,42	3 810,84	3 993,63	4 035,49	4 197,85	4 259,12	4 334,69	4 413,30	4 469,47	4 568,52	4 606,30	4 722,71	4 742,11	5 359,89	
A 15	4 384,71	4 366,76	4 566,90	4 611,40	4 741,09	4 790,10	4 895,28	4 968,80	5 049,47	5 148,52	5 202,64	5 329,26	5 355,81	5 359,89	6 135,95	
A 16	4 837,07	4 839,12	5 071,93	5 098,49	5 249,61	5 305,77	5 427,28	5 513,06	5 603,94	5 721,37	5 782,65	5 928,65	5 960,31	5 965,41	6 135,95	

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 18,16 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 7,92 Euro.

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 2

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)														
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R 1	3 488,16	3 728,13	3 824,12	3 941,55	4 161,09	4 368,39	4 459,26	4 582,82	4 756,41	4 796,23	5 054,58	5 223,06	5 350,70	5 437,49	5 650,91
R 2	4 238,69		4 456,20		4 672,68		4 968,80		5 094,40		5 307,82		5 734,64		6 160,46

Berlin, den 29. September 2010

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach
Vorsitzender

Armin Schuster (Weil am Rhein)
Berichterstatter

Michael Hartmann (Wackernheim)
Berichterstatter

Dr. Stefan Ruppert
Berichterstatter

Frank Tempel
Berichterstatter

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Armin Schuster (Weil am Rhein), Michael Hartmann (Wackernheim), Dr. Stefan Ruppert, Frank Tempel und Dr. Konstantin von Notz

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 17/1878** wurde in der 46. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Juni 2010 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung sowie an letzteren zusätzlich gemäß § 96 GO-BT überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 22. Sitzung am 29. September 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP auf Ausschussdrucksache 17(4)68 empfohlen.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 26. Sitzung am 28. Juni 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 51. Sitzung am 29. September 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 empfohlen.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 20. Sitzung am 29. September 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen empfohlen.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 28. Sitzung am 29. September 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Der Haushaltsausschuss wird seinen Bericht gemäß § 96 GO-BT gesondert abgeben.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat in seiner 18. Sitzung am 7. Juli 2010 einvernehmlich beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf einschließlich des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung hat der Innenausschuss in seiner 19. Sitzung am 27. September 2010 durchgeführt. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung, an der sich acht Sachverständige beteiligten, wird auf das Protokoll der 19. Sitzung des Innenausschusses vom 27. September 2010 (Protokoll-Nr. 17/19) mit den anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1878 in seiner 20. Sitzung am 29. September 2010 abschließend beraten. Als Ergebnis der Beratungen empfiehlt der Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1878 in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 anzunehmen.

Zuvor wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Ausschussdrucksache 17(4)73 vom 29. Juni 2010 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

II. Zur Begründung

1. Zur Begründung allgemein wird auf Drucksache 17/1878 hingewiesen. Die auf Grundlage des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 17(4)68 vom Innenausschuss vorgenommenen Änderungen begründen sich wie folgt:

Zu Nummer 1 (Artikel 2 Nummer 1)

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 2 (Artikel 10a – neu)

Nach dem Entwurf des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2010/2011 hätten die Bezüge der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre erstmals seit 2002 an den linearen Anpassungen der Jahre 2010 und 2011 von insgesamt 2,1 Prozent teilgenommen. Mit den Beschlüssen der Bundesregierung zur Konsolidierung des Bundeshaushalts für das Jahr 2011 und in den Folgejahren bis 2014 hat die Bundesregierung erklärt, auf die linearen Anpassungen der Jahre 2010 und 2011 zu verzichten. Sie hat den Deutschen Bundestag gebeten, bei den Beratungen dieses Gesetzes die Mitglieder der Bundesregierung von der Erhöhung der Bezüge auszunehmen.

Die in Artikel 10a aufgenommenen Änderungen des Nichtanpassungsgesetzes sehen dementsprechend vor, die Amtsbezüge der Mitglieder der Bundesregierung sowie der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und der Parlamentarischen Staatssekretäre von den Bezügerhöhungen 2010/2011 auszunehmen. Die Regelung erfasst auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aus einem derartigen Amtsverhältnis, da ihre Bezüge sich prozentual aus den Bezügen der Aktiven berechnen.

Zu Nummer 3 (Artikel 12)

In der Kabinettklausur am 6./7. Juni 2010 hat die Bundesregierung Eckpunkte zur Sanierung des Bundeshaushalts für das Jahr 2011 und in den Folgejahren beschlossen. Nach einem Acht-Punkte-Maßnahmekatalog ist für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2014 vorgesehen, die Ausgaben des Bundeshaushalts durch Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben zu reduzieren. Hierzu sollen alle Bezügeempfängerinnen und Bezügeempfänger des Bundes einen Beitrag leisten.

Das Dienstrechtsneuordnungsgesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) sah vor, zum 1. Januar 2011 den Teil des früheren Weihnachtsgeldes in das Grundgehalt der Bundesbeamten zu integrieren, der seit 2006, befristet auf einen Fünfjahreszeitraum, nicht mehr ausgezahlt wurde. Diese Kürzung, die sich auf 2,5 Prozent der Jahresbezüge belief, sollte ursprünglich Ende 2010 auslaufen. Die Auszahlung des gekürzten Betrages sollte dementsprechend – als Teil des monatlich gezahlten Grundgehalts – zum 1. Januar 2011 wieder aufleben. Mit der Rücknahme dieser Maßnahme und der damit verbundenen weiteren Sonderzahlungskürzung verringern sich im Bund die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, der Soldatinnen und Soldaten sowie der Richterinnen und

Richter – verglichen mit dem Zustand, der zum 1. Januar 2011 eingetreten wäre – um 2,44 Prozent.

Die fortdauernde Kürzung der Sonderzahlung vermeidet Mehrausgaben für den Bundeshaushalt in Höhe von rund 500 Mio. Euro jährlich. Die Regelung ist so ausgestaltet, dass die (Wieder-)Auszahlung um weitere vier Jahre bis Ende 2014 verschoben wird.

Die Änderungen des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes in Artikel 12 setzen dies im Einzelnen um.

Zu Nummer 4 (Artikel 19)

Folgeänderungen zu Nummer 3.

Zu Nummer 5 (Anhänge)

Folgeänderungen zu Nummer 3.

2. Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** weisen darauf, dass Kern des Gesetzentwurfs die Übertragung des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst des Bundes auf dessen Bezügeempfänger sei. Auf Grund der Haushaltssituation habe man sich im Änderungsantrag aber gezwungen gesehen, das Wiederaufleben der bis zum 31. Dezember 2010 reduzierten Sonderzahlung durch die bereits beschlossene Grundgehaltsintegration weiter bis zum 31. Dezember 2014 auszusetzen. Nur so sei die erforderliche Minderausgabe in Höhe von 500 Mio. Euro jährlich erreichbar gewesen. Diese schwere Entscheidung führe verständlicherweise zu Unmut bei den Betroffenen, weil eine einmal gemachte Zusicherung nicht habe eingehalten werden können. Es habe letztlich keine Alternative gegeben, da aus Gründen der sozialen Ausgewogenheit auch der öffentliche Dienst seinen Beitrag zum Sparpaket leisten müsse. Insgesamt stünden die Beamten des Bundes im Vergleich mit Beamten der Bundesländer und Arbeitnehmern der Privatwirtschaft – die z. B. infolge der Krise auf Grund von Kurzarbeit Einschnitte hätten hinnehmen müssen oder sogar ihren Arbeitsplatz verloren hätten – nicht schlecht da. Abschließend sei zu betonen, dass es vorliegend wirklich nur um eine weitere Aussetzung gehe, keinesfalls um eine Aufhebung der zugesicherten Grundgehaltsintegration des übrig gebliebenen Weihnachtsgeldes. Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen, werde man in der Zukunft womöglich auch wieder eine echte Sonderzahlung brauchen.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert, dass der Verzicht auf das Wiederaufleben des sog. Weihnachtsgeldes keineswegs den gesamten öffentlichen Dienst treffe, sondern eben nur die Beamten, Richter und Soldaten des Bundes. Diese würden um die bereits zugesagte Sonderzahlung gebracht. Das könne nur als Straffaktion verstanden werden. Zu Recht sei in der Anhörung darauf hingewiesen worden, dass auch der Dienstherr eine Treuepflicht habe. Wenn es keinen Vertrauensschutz mehr gebe, setze man eine Demotivationsspirale in Gang. Gerade im Bereich der Nachwuchsgewinnung könne der Bund bald kaum noch mithalten. Zusätzlich sei als nächster Schritt bereits die Kürzung von 10 000 Stellen geplant. Dies führe dazu, dass in Zukunft noch mehr externe Mitarbeiter Gesetze vorbereiteten. Das könne nicht im Sinne der Parlamentarier sein. Zudem sende man mit dieser Maßnahme ein

fatales Signal an die Länder. Nach dem jetzigen Vorgehen werde schließlich niemand glauben können, dass die Sonderzahlung im Jahr 2015 auch tatsächlich wieder aufleben werde. Auch die Ausnahme der Pensionäre von den Einmalzahlungen und die versäumte Prüfung der Erforderlichkeit der Versorgungsrücklage halte man für falsch.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, dem Kernanliegen des ursprünglichen Gesetzentwurfs – einer zügigen Übernahme des Tarifabschlusses – habe man sogar zustimmen können. Bestimmte Aspekte des Entwurfs seien aber nicht nachvollziehbar. So seien bislang keine plausiblen Gründe für eine Wiedereinführung der Versorgungsrücklage vorgebracht worden. Gleiches gelte für die Ausnahme der Pensionäre von der Einmalzahlung. Eine Regelung zur Altersteilzeit sei zwar zu begrüßen, in den Details – geringeres Nettoeinkommen etc. – beginne es aber problematisch zu werden. Die faktische Abschaffung der Sonderzahlung mache eine Zustimmung gänzlich unmöglich. Das Sparpaket sei eben nicht ausgewogen. Die Beamten des Bundes müssten ihren Beitrag leisten, die Verursacher der Finanzmarktkrise aber würden nicht zureichend an den Kosten beteiligt. Das sei nicht einzusehen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmt in vielem der Fraktion der SPD zu, wenngleich sie daran erinnert, dass die Sozialdemokraten in Zeiten der Regierungsbeteiligung viele Einschnitte bei den Beamten mitgetragen hätten. Insgesamt müsse man sich allerdings als Opposition der Tatsache stellen, dass alle Parteien – wenn sie in Regierungsverantwortung stünden – häufig kurzfristig angelegte Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst beschließen würden. Hier sollte man zu substantiierteren Positionen kommen und längerfristige und nachhaltige Lösungen anstreben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte sich im Übrigen eine stärkere soziale Komponente gewünscht, etwa durch höhere Einmalzahlungen für den einfachen und mittleren Dienst.

Berlin, den 29. September 2010

Armin Schuster (Weil am Rhein)
Berichterstatter

Frank Tempel
Berichterstatter

Michael Hartmann (Wackernheim)
Berichterstatter

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Dr. Stefan Ruppert
Berichterstatter

